

Berlin, Mittwoch,

Dieses Blatt erscheint in der Woche
zwölffmal.

Abonnements-Preis:
vierteljährl. für Berlin 7 M 50 Pf.,
für ganz Preussen, das übrige
Deutschland und ganz Oester-
reich 9 M.

Insertions-Gebühr:
die viergespaltene Zeile 40 Pf.

Berliner Börsen-Zeitung

Als Gratis-Beilagen erscheinen
ausser anderen
tabellarischen Uebersichten
eine Zusammenstellung
aller Submissionen,
Allgemeine Verlosungs-Tabellen
und Restanten-Listen.

Alle Postanstalten, Zeitungs-Spediteure und unsere Expedition nehmen Bestellungen an.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pf.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Telegraphische Depeschen.

Glasgow, 12. August, Vorm. 11 Uhr 10 Min. (C. T. C.) Roheisen. Mixed numbers warrants 41 sh. 4 1/2 d.

Marseille, 11. August, Abends. (C. T. C.) Im Laufe des heutigen Tages sind 39 Cholera-epidemiefälle vorgekommen.

London, 11. August, Abends. (C. T. C.) Vom Unterhause wurde die Bill betreffend den Ankauf von Pachtgütern in Irland in dritter Lesung angenommen. — Die Königin hat den General Lord Wolseley zum Viscount ernannt.

London, 12. August, früh. (C. T. C.) Die „Times“ schreibt bezüglich Zanzibars, wenn auch England nicht wünschen könne, die Unabhängigkeit Zanzibars bedroht oder die Civilisation dieses Landes vernichtet zu sehen, so liege es doch andererseits weder im Interesse Englands, noch auch in dessen Wünschen, neue Civilisationsprojekte zu hindern oder gar den Sultan von Zanzibar aufzuwiegen und vage Ansprüche des selben auf fernliegende Theile seiner nominellen Besitzungen aufrecht zu erhalten.

Simla, 11. August. (C. T. C.) (Telegramm des „Reuterschen Bureaus“.) Wie verlautet, soll beauftragt werden, die Truppen ein zur Unterbringung von etwa 50 000 Mann geeignetes Lager, voraussichtlich gegen Ende December, bei Lahore gebildet werden. Die Englische Armee in Indien soll um etwa 6000 Mann verstärkt werden. Die Regierung beschäftigt sich überhaupt eifrig mit der Frage der Reorganisation der eingeborenen Truppen.
(Siehe auch am Schluss des Blattes.)

Berlin, den 12. August.

— Der Kronprinz hat für den am 3. September stattfindenden Stapellauf des Ersatzschiffes für die „Victoria“ seine Anwesenheit zugesagt.

— Das Staatsministerium ist gegenwärtig durch drei Mitglieder in Berlin vertreten. Es sind hier anwesend: der Minister für Landwirtschaft Dr. Lucius, der Minister für die öffentlichen Arbeiten Maybach und der Staatsminister und Staatssecretär Graf von Hatzfeldt. Von den seit Urlaub abwesenden Staatsministern kehren nach unseren Informationen zurück: der Justizminister Dr. Friedberg in den ersten und der Staatsminister v. Boetticher in den letzten Tagen der kommenden Woche. Der Finanzminister Dr. v. Sololz hat vorgestern seinen Sommerurlaub angetreten. Der Landwirtschaftsminister Dr. Lucius wird im Laufe der nächsten Woche ebenfalls auf Sommerurlaub gehen.

— Graf Kalnoky war, begleitet vom Legationsrath Baron Ehrenfeld, heute früh 6 Uhr aus Wien, über Breslau kommend, auf dem Bahnhof Friedrichstrasse eingetroffen und während seines Aufenthaltes im Hotel de Rome abgestiegen, wo ihn einer der Herren von der Oesterreichischen Botschaft begrüßte. Um 8 1/2 Uhr setzte der Graf vom Stettiner Bahnhof aus mit dem fahrplanmäßigen Courzuges in einem ihm von der Direction zur Verfügung gestellten Salonwagen die Reise bis Hammerrühle fort, von wo ihn ein Wagen des Fürsten Bismarck nach Varzin abholte. Der Oesterreichische Minister gedankt zwei Tage in Varzin zu bleiben; ungewiss aber ist es noch, ob er die Rückreise von dort über Bertha oder, wie im vorigen Jahre direct nach Wien antreten wird. Die Heimkehr in Wien wird jedenfalls vor dem 18., dem Geburtstage des Kaisers Franz Josef, erfolgen.

— Wie bereits gemeldet, ist das unter dem Commodore Paschen stehende Panzergeschwader, bestehend aus S. M. Kreuzerregatten „Stosch“, „Gneisenau“, „Elisabeth“ und „Prinz Adalbert“ sowie dem Tender „Ehrenfels“, am 7. August vor Zanzibar eingetroffen. Diese Flottenkundgebung hat in Deutschland wie in England die allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf Said Bargasch und sein Land gerichtet. Etliche Deutschfreisinnige, denen sich stets diejenige Auffassung zu empfehlen scheint, welche allen Völkern des Erdballs, nur nicht den Deutschen, zu statuen kommt, sprechen bereits von Krieg in Sicht und

benutzen die Gelegenheit, der Deutschen Colonialpolitik eins anzuhängen. In Wirklichkeit liegt kein Grund zu kriegerischen Verwicklungen vor. Das Ostafrikanische Geschwader verfolgt einfach denselben Zweck wie das Ostasiatische und Australische: Schutz der Deutschen Interessen und öffentliche Bekundung der Deutschen Macht solchen eingeborenen Völkern und Fürsten gegenüber, die bisher von einer Deutschen Seemacht niemals etwas verspürt haben. Die Deutsche Kaufmannswelt weiss aus langer bitterer Erfahrung, wie notwendig es ist, dem Deutschen Namen in dieser Weise in entlegenen Gebieten Achtung zu verschaffen. Der Sultan von Zanzibar sah auf seiner Rhede alljährlich Englische Kriegsschiffe, dagegen noch nie ein Deutsches ankern, und er musste unwillkürlich dazu kommen, seine Begriffe von Europäischen Verhältnissen nach diesen seinen Beobachtungen zu bilden. Als kluger Mann wird Said Bargasch sich beeilen, seine Anschauungen den Thatsachen anzupassen und seinen Einspruch gegen die älteren Besitzergreifungen der Ostafrikanischen Gesellschaft zurückzuziehen. Es ist nämlich ein Missverständnis, wenn man in England in Folge der irrthümlichen Darstellung der „Times“ glaubt, es handle sich bei dieser Flottenkundgebung um die neuesten Erwerbungen der Gesellschaft, das Kilimandscharo-Gebiet, welches als die Perle des tropischen Afrika gepriesen wird. Dieses Gebiet ist noch nicht unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt worden und konnte also die Bewegung der Deutschen Flotte noch nicht beeinflussen. Damit verliert auch die Aeusserungen des Unterstaatssecretärs des Englischen Amts, Bourke, erheblich an Tragweite; denn dieselben beziehen sich offenbar nicht auf die älteren, dem Deutschen Schutzbereichs unterstellten Gebiete der Ostafrikanischen Gesellschaft, sondern auf ihre neuesten Erwerbungen, deren Rechtsgültigkeit einer ehrlichen Kritik noch unterliegt. Dennoch kann die Art und Weise, wie Bourke sich von veruherein ohne jede Untersuchung der schwierigen Frage auf den Standpunkt stellte, die fraglichen Gebiete unterstän den Souveränität des Sultans Said Bargasch, kaum verfehlen, in Deutschland einen peinlichen Eindruck zu machen. Die „Köln. Z.“ schreibt hierüber: Wir Deutsche glauben bisher, es sei das wenig bedeutsame Vorrecht Gladstones gewesen, der Deutschen Colonialpolitik gegenüber eine gewisse politische Vereinigungsmöglichkeit zu beweisen. Wir glauben, dass das conservative Cabinet, falls es wirklich auf ein gutes Einvernehmen mit Deutschland Werth legt, gerade in dieser Ostafrikanischen Frage eine vortreffliche Gelegenheit hat, durch die That zu zeigen, wie gründlich und rasch sich Deutschland und England jetzt über Streitpunkte verständigen können, welche Gladstone und seine Genossen so lange in ihren Actenschränken vergruben, bis der Grimm des ersten Deutschen Mannes gewaltig aufbrauste. Die Politik John Kirks, Deutschland dadurch von Ostafrika auszuschliessen, dass man den Sultan zur Geltendmachung schattenhafter Hoheitsansprüche überredet, ist einer Grossmacht unwürdig, ist in sich unhaltbar, und wir sind deshalb überzeugt, dass Salisbury den Ränkeschmied John Kirk durch einen Englischen Vertreter ersetzen wird, der ein gutes Einvernehmen mit Deutschland besser zu erhalten weiss. Uebrigens hat der Sultan von Zanzibar bereits, wenn auch nicht formell in der Rechtsfrage, so doch thatsächlich durch die Einschränkung seiner militärischen Massregeln Deutschland gegenüber gelindere Seiten aufgezogen. Er hat das kriegerische Vorgehen gegen den Sultan von Witn, den Schützing Deutschlands, eingestellt und seine Truppen auf der Karawanenstrasse ins Innere vermindert. Es scheint also, dass alles in Freundschaft verlaufen wird, vorausgesetzt, dass Salisbury es nicht darauf anlegt, Deutschland über den Ernst seiner friedlichen und entgegenkommenden Gesinnung zu täuschen. Uebrigens wird Deutschland in diesen Fragen sein Verhalten selbstverständlich nicht einseitig nach den Angaben der Ostafrikanischen Gesellschaft einrichten, sondern den weisen

Grundsatz, auch die Gegenpartei zu hören, zu berücksichtigen wissen.

— Nur wenige Wochen — schreibt die Wiener „Presse“ — trennen uns noch von dem Beginne einer handelspolitischen Campagne, wie sie so entscheidungsvoll für die wirtschaftliche Gestaltung der Oesterreichischen Monarchie und für die commerciellen Beziehungen zum Auslande schon lange nicht gewesen ist. Wir sprechen natürlich nicht von der Oesterreichisch-Deutschen Zollunion, wie sie kurze Zeit hindurch im Vordergrunde der politischen Discussion gestanden. Ist ja doch das Eine gewiss und wird selbst von den eifrigsten Vertretern dieses Projects zugegeben, dass die allfällige Verwirklichung dieses Projects zum Mindesten die Lösung einer Reihe von Vorfragen, die Erfüllung einer Menge von Vorbedingungen zur Voraussetzung hat und somit in günstigsten Falle der Zukunft angehört. Vorläufig aber stellt die Gegenwart in handelspolitischer Beziehung der ebenso wichtigen actuellen Aufgaben gar viele an die Oesterreichische und Ungarische Regierung. Die Verhandlungen wegen Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses, sowie wegen Feststellung der Directiven für die Negotiationen mit jenen Staaten, deren Handels-Verträge mit unserer Monarchie im Laufe der nächsten zwei Jahre ablaufen im Zusammenhange mit der Revision unseres Zolltarifes werden geraume Zeit die Minister und Referenten beider Theile, sowie im weiteren Verlaufe auch die Parlamente vollauf in Anspruch nehmen und bei allem guten Einvernehmen der Schwierigkeiten so manchen bieten. Zunächst die Erneuerung des Oesterreichisch-Ungarischen Handelsbündnisses, in Angriff genommen werden. Bevor man sich in Unterhandlungen über die Handelsverträge mit fremden Staaten einlässt, muss man das handelspolitische Verhältnis im eigenen Hause klargestellt haben. Diese Verhandlungen werden um so eher begonnen werden können, als die Oesterreichische Regierung sich bekanntlich seit einiger Zeit im Besitze der diesbezüglichen Ungarischen Forderungen befindet und auch ihrerseits ihre Stellungnahme zu letzteren principiell wenigstens festgesetzt hat. Bei der beiderseitigen bestehenden Intention, das Zoll- und Handelsbündnis unter thunlichster Vermeidung einschneidender Abänderungen zu erneuern, wird eine Einigung nicht schwer zu erreichen sein. Von den Verträgen mit fremden Staaten läuft bekanntlich zunächst, und zwar am 1. Januar 1886, die Handelsconvention mit Rumänien ab. Die von der Oesterreichischen und Ungarischen Regierung in dieser Angelegenheit veranstaltete Enquete kann fast als abgeschlossen bezeichnet werden, so dass auf Grund des vorstehenden Materials die Instructionen für die Unterhändler Oesterreich-Ungarns durch die Zollconferenz schon im Laufe des nächsten Monats, jedenfalls aber im October, werden festgestellt werden können. Auch die Handelsverträge mit Deutschland und Italien laufen, wenn auch nicht in nächster, so doch in nicht ferner Zeit ab, und es wird an unsere beiderseitigen Regierungen bald die Nothwendigkeit herantreten, sich mit der Frage der Erneuerung dieser Verträge z. beschäftigen. Vielleicht wird dies schon gelegentlich der Ausgleichsverhandlungen, beziehungsweise anlässlich der Revision des Oesterreichisch-Ungarischen Zolltarifes geschehen. Was letztgenannte Angelegenheit, beziehungsweise die Frage der Zoll-Novelle, betrifft, so ist die Expertise, zu deren Vornahme die Handelskammern aufgefordert worden sind, noch nicht weit fortgeschritten und es kann heute schon als nahezu gewiss angesehen werden, dass die Kammern den ihnen zur Erstattung ihrer Gutachten gestellten Termin, den 1. September, nicht einhalten werden. Was speciell die Wiener Handelskammer betrifft, so sind bisher noch viele der zur Bekanntgabe ihrer Wünsche eingeladenen Industriellen des Kammerbezirkes im